



Plenarprotokoll

1. Sitzung

Donnerstag, 27. Oktober 2011

Inhalt Seite

Konstituierung

Ansprache des Alterspräsidenten

Dr. Uwe Lehmann-Brauns 2

Berufung der Beisitzer 4

Feststellung der Beschlussfähigkeit 4

Beschlussfassung

**Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin der 17. Wahlperiode**

Drs. 17/0001 4

Fabio Reinhardt (PIRATEN) 4

Sven Kohlmeier (SPD) 5

Dr. Florian Graf (CDU) 6

Benedikt Lux (GRÜNE) 7

Uwe Doering (LINKE) 8

Pavel Mayer (PIRATEN) 10

Beschluss 15

Wahl

der Präsidentin/des Präsidenten

Drs. 17/0002 10

Ergebnis 15

Glückwünsche des Alterspräsidenten 11

Ansprache des Präsidenten Ralf Wieland 11

Inhalt Seite

Wahl

der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Drs. 17/0003 13

Ergebnis 15

Wahl

der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Drs. 17/0004 14

Ergebnis 15

Einsetzung des Ältestenrats

Drs. 17/0005 14

Beschluss 15

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns eröffnet die Sitzung um 11.03 Uhr.

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Ich begrüße Sie recht herzlich zu dieser konstituierenden Sitzung der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich beglückwünsche Sie alle als gewählte Abgeordnete in der neuen Legislaturperiode, sowohl die Wiedergewählten als auch die Neugewählten, darunter auch eine neue Fraktion im Haus: die Piratenfraktion.

[Allgemeiner Beifall]

Es ist mir eine angenehme Pflicht, auf der Zuschauerbühne den bisherigen Präsidenten Walter Momper zu begrüßen – herzlich willkommen! –

[Allgemeiner Beifall]

und alle unsere Ehrengäste, darunter den Ehrenbürger Prof. Egon Bahr,

[Allgemeiner Beifall]

Mitglieder des Deutschen Bundestages, die ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Prof. Dr. Herwig Haase und Reinhard Führer

[Allgemeiner Beifall]

sowie verdiente Mitglieder des Präsidiums, weitere altgediente Parlamentarier, die Präsidentin des Verfassungsgeschichtshofes Margret Diwell,

[Allgemeiner Beifall]

anwesende Stadtälteste, Vertreter der Kirchen und alle Zuschauer und Zuhörer sowie die Medienvertreter, die auf den Tribünen Platz genommen haben. – Herzlich willkommen!

[Allgemeiner Beifall]

Bevor ich zum weiteren Verfahrensablauf komme, möchte ich Herrn Tom Schreiber von der SPD-Fraktion zu seinem heutigen Geburtstag herzlich gratulieren.

[Allgemeiner Beifall]

Bis zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung, die das Abgeordnetenhaus der 17. Wahlperiode unter Punkt 3 der heutigen Tagesordnung beschließen wird, möchte ich Ihnen vorschlagen, dass wir bis dahin nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung der 16. Wahlperiode verfahren. – Ich sehe und höre hierzu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Nach Artikel 54 Abs. 5 Satz 2 der Verfassung von Berlin und in Verbindung mit § 10 Abs. 1 der bisherigen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin tritt das Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz des ältesten Mitgliedes des Hauses zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich als Uwe Lehmann-Brauns hier oben sitze. Ich bin geboren am 28. August 1938 und gehe davon aus, dass niemand älter ist. – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann werde ich

mit Ihrer Zustimmung das Amt des Alterspräsidenten übernehmen.

[Beifall]

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

und eröffne somit die 1. Sitzung der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin. Als Alterspräsident habe ich die Möglichkeit, eine Rede zu halten, und werde davon sehr gerne Gebrauch machen.

Es ist eine große Ehre für mich, dieses Haus zu Beginn der 17. Legislaturperiode zu leiten. Zu verdanken habe ich diese Ehre allerdings allein der konkurrenzlosen Altersangabe in meinem Personalausweis. Allerdings ist das Alter auch nicht mehr das, was es einmal war. Es ist einfach jünger geworden und stabiler. Der große Sänger Bob Dylan sagte:

Ich war damals viel älter. Ich bin jetzt viel jünger als damals.

In keinem Fall soll man glauben, man werde durch das Alter weiser, seiner Sache sicherer. Das Gegenteil ist der Fall. Man hat nur mehr Erfahrung im Umgang mit den eigenen Irrtümern. Lassen wir es dabei.

Wir wählen anschließend weitgehend einmütig, nach den ungeschriebenen Regeln eines demokratischen Parlaments, den Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. In den nachfolgenden Sitzungen wird es mit der Einmütigkeit bald vorbei sein. Es folgen die Wahl des Senats, Regierungserklärung, Erwiderungen, der Streit beginnt und wird uns fünf Jahre lang nicht mehr verlassen. Aber im Unterschied zu Diktaturen dienen wir der Stadt gerade im Streit. Darin besteht unser demokratischer Stolz. Freiheit ohne Streit gibt es nicht und Streit ohne Freiheit ist gefährlich.

Es gehört zu den tieferen Erlebnissen dieser Zeit, dass Demokratie und Freiheit ansteckend sind. In Nordafrika hat sich die Gesellschaft von brutalen, eigensüchtigen Machtmenschen befreit. Ich bewundere die, die mit bloßen Händen gegen regierungsamtliche Schläger aufstehen, die trotz der Gewehrsalven von Scharfschützen die Freiheits- und Bürgerrechte einfordern. Unser Stolz auf die Menschen in Leipzig am 9. Oktober 1989 hat sich mit dem arabischen Frühling globalisiert. Ich halte Berlin für verpflichtet, eine ideelle und politische Unterstützung mit den Menschen in Kairo, Tunis, Tripolis, Damaskus zum Ausdruck zu bringen.

[Allgemeiner Beifall]

Einer traurigen Pflicht will ich aber auch nachkommen und der Hunderte von Verschütteten in Ercis in der östlichen Türkei gedenken. Ich bitte Sie, unsere Anteilnahme durch eine Schweigeminute auszudrücken.

(Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns)

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. –
Gedenkminute]

Wir haben einen Wahlkampf hinter uns. Wahlen sind Momentaufnahmen, entscheiden selten über Wahrheiten, sondern über Persönlichkeiten, Stimmungen, Bindungen, Aversionen. Erfolg ist kein Wahrheitsbeweis, und Misserfolg kein Gottesurteil. Erfolg, sagt Heiner Müller dämpfend, ist das Gegenteil von Wirkung.

Was nehmen wir aus dem Wahlkampf mit? – Auch, dass unser Ansehen in der Öffentlichkeit gering ist. Uns werden die Mängel des täglichen Lebens angelastet, ein Closed-Shop-Verhalten, unsere Kompetenz wird bezweifelt. Es hilft uns nicht, darauf hinzuweisen, dass wir auch nur Menschen sind und irren können, dass manche Berliner Probleme Luxusprobleme sind im Vergleich zu vielen unserer Nachbarmetropolen im Osten. Ich persönlich halte es übrigens für eine makabere Selbstverleugnung, nicht zu einer Wahl zu gehen und für eine postmoderne Verflachung, Kochen zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen. Politik sucht das Gemeinwohl, ist mehr als ein Sammelsurium von Sonderinteressen. Wir sollten nichts beschönigen, aber wir können unseren Kritikern zurufen: Steigen Sie ein in unser Boot! Abgeordneter zu werden, im Bund, Land oder im Bezirk, d. h. mitzudenken, mitzuentscheiden, dem Streit nicht aus dem Wege zu gehen, das steht jedem frei. Parlamente in der Demokratie stehen jedermann offen, in der Sprache Max Webers sind es offene Eliten und aller Anstrengungen wert. Eine neue Partei hat nachgewiesen, dass – wo ein politischer Wille ist in der Gesellschaft – es mit der parlamentarischen Mitbestimmung ganz schnell gehen kann. Ob Transparenz allerdings als gesellschaftspolitische Substanz ausreicht, ist fraglich. Auch der politische Mensch hat nämlich ein Recht auf Privatheit, Ungestörtheit, Abschirmung seiner Gedanken, Motive und ihrer Herleitung. Der durchleuchtete Mensch ist nur in der Diktatur erwünscht.

Wenden wir uns der Stadt zu, an der wir alle hängen! Eben ist ein Buch erschienen mit dem Titel „Berlin ist das Allerletzte – Absagen in höchsten Tönen“. Diese Absagen reichen vom 18. Jahrhundert bis in die Neuzeit. Zitiert werden u. a. Heinrich Heine, Arthur Schopenhauer, Theodor Storm, Frank Wedekind, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Lessing, Tschewow, E. T. A. Hoffmann. Da wir hier ja ganz unter uns sind, bitte ich Sie sehr herzlich, die Erwähnung dieses berlinkritischen Buches, seiner Zitate und die Zitierten höchst vertraulich zu behandeln, damit sie nicht in falsche Köpfe geraten, etwa die der Nordrhein-Westfalen, die schon lange erfolglos Argumente suchen, um den überfälligen Nachzug der Bundesministerien nach Berlin zu verhindern. Also: Bitte absolute Diskretion, keine Transparenz!

Zwei Kritiker möchte ich zitieren, zunächst den russischen Dichter Andrei Bely, ein Emigrant in den Zwanzigerjahren. Sein Berlinbild war einerseits – andererseits. Ich zitiere:

Einerseits: Alles ist klar, nüchtern, verständlich, zivilisiert, organisiert – andererseits: Berlin ist ein organisierter systematisch realisierter Albtraum.

Ein Albtraum, meine Damen und Herren, ist Berlin heute nicht mehr, darin dürften wir uns einig sein, eher ein Phönix aus der Kriegs- und Nachkriegsasche. Denn wir leben in einer ebenso anregenden, wie aufregenden, in einer gefährdeten, wie in sich ruhenden Stadt, mit vielen Zentren, die jedem sein Quartier, seinen Charakter, seine Vorlieben, leider auch manchmal die für Gewalt lässt. Stimmt also noch, was ein anderer russischer Dichter, Ilja Ehrenburg, 1927 feststellte? Ich zitiere:

Es ist die mürrischste Hauptstadt Europas, die mit ihrem Leben am meisten unzufrieden ist.

Auch das stimmt nicht, zum Glück. Laut einer neuesten Umfrage ist Berlin nach Köln die glücklichste Stadt der Republik. Ich bezweifle allerdings, dass wir Politischen daran schuld sind. Das Verdienst gebührt wohl unserer Herkunft, die nicht kampflös war, ihren verheilten Wunden, ihrem Freiheitswillen, ihrer Offenheit, ihrer Unspießigkeit, ihrer einmaligen Kulturlandschaft. – So weit, so glücklich.

Viele Menschen in Berlin interessieren sich für das Stadtgesicht. Manche sind enttäuscht. Berlin hat durch Krieg und eine brutale, maßstablose Nachkriegspolitik an Gesicht verloren, das meiste unwiederbringlich – bis in die Achtzigerjahre arbeitete die Abrissbirne sich an Altbauten ab. Nicht die Politik, die Hausbesetzer retteten SO 36. Und es war nur die ökonomische Schwäche der DDR, die Schlimmeres verhinderte. Wo diese Abrissbirne nicht zerstörte, dort spielt sich heute das Leben vor allem Jüngerer ab, ob in Friedrichshain, Kreuzberg, Neukölln, ob Prenzlauer Berg, ob Mitte oder Charlottenburg. Auch in anderen Teilen Europas geschah Vergleichbares. Eine rühmliche Ausnahme machte Polen, Danzig und Warschau sind die berühmten Beispiele dafür. Der russische Nobelpreisträger Brodsky spricht von dem

... grässlichen Baustil der Nachkriegszeit, der dem europäischen Stadtbild mehr Schaden zugefügt hat als die Luftwaffe.

Diese Legislaturperiode wird deshalb daran gemessen werden, wie sie es mit der Stadtoberfläche hält. Werden es auch künftig nur die Investoren sein, die das Stadtbild bestimmen, oder werden wir Urbanität, Menschlichkeit, soziale Aspekte in den künftigen Neubauten finden? Ich habe Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der modernen Architektur. Ich erwarte, dass diese Leistungsfähigkeit von der öffentlichen Hand abgefordert wird. Und ich erinnere an die prominenten Brachen: das leere Kulturforum am Potsdamer Platz, der Schinkelplatz in Mitte ohne Bauakademie oder die unselige Banalität des Checkpoint Charlie. Es ist vor allem die Architektur, die über Herkunft und Geist der Stadt Auskunft gibt. Ich hoffe auf geschärftes Problembewusstsein des neuen Senats.

(Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns)

Ich schließe nicht mit einem naiven „vivat, crescat, floreat“, auf die Zukunft. Wir leben zwar in einer vergleichsweise glücklichen Zeit, ohne Krieg, ohne Diktatur, in Frieden mit allen Nachbarn, in der neuen, alten Hauptstadt, deren Ausstrahlung und Selbstbewusstsein viel Aufmerksamkeit findet. Lassen Sie uns eine lange Sekunde dafür dankbar sein und hoffen, dass uns soziale und ökonomische Verwerfungen erspart bleiben! Nehmen wir den Mund nicht zu voll, halten wir es mit dem Schriftsteller und Nobelpreisträger Imre Kertész, der in unserer Stadt wohnt! Zitat:

Uns erwartet nicht die Zukunft, sondern der nächste Augenblick.

Ihn zu bewältigen, bedarf es keiner Vision, sondern ideologiefreier politischer Vernunft bei der Verwirklichung der Werte unserer Verfassung. Ich sehe uns alle in der Pflicht, dieser Stadt zu dienen. – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Wir fahren fort in der Tagesordnung mit der

lfd. Nr. 2:

**Konstituierung des Abgeordnetenhauses
von Berlin der 17. Wahlperiode**

verbunden mit

**Namensaufruf und Feststellung der
Beschlussfähigkeit**

Bevor ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststelle, möchte ich die vier an Jahren jüngsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses in das amtierende Präsidium bitten. Ich bitte folgende Abgeordnete, neben mir Platz zu nehmen: die Jüngste, eine Abgeordnete von der Piratenfraktion, Frau Susanne Graf – wir haben uns ja gestern kennengelernt – und den Jüngsten, Herrn Heiko Herberg, ebenfalls von der Piratenfraktion, dann Herrn Joschka Langenbrinck von der Fraktion der SPD und Frau Clara Herrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – wie vor fünf Jahren, Frau Herrmann.

[Heiterkeit und Beifall]

Ich werde nun die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf feststellen lassen. Die aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen bitte ich, auf den Namensaufruf jeweils mit Ja zu antworten und sich dabei vom Platz zu erheben. Ich bitte Frau Susanne Graf, mit dem Aufruf zu beginnen.

[Aufruf der Namen]

Vielen Dank, Frau Herrmann! – Wie vor fünf Jahren sind alle aufgerufen. Ich danke den Mitstreitern links und rechts von mir für die Hilfe dabei.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 3:

**Beschlussfassung
über die Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses von Berlin der
17. Wahlperiode**

Antrag der SPD, der CDU, der GRÜNEN und
der LINKEN Drs. 17/0001

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:

Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und des Abgeordneten Martin Delius von der Piratenfraktion, Drucksache 17/0001-1, sowie ein Antrag der Fraktion Die Linke, Drucksache 17/0008, auf Änderung der Geschäftsordnung sowie Anträge der Piratenfraktion auf Änderung des Geschäftsordnung, Drucksachen 17/0012 und 17/0013.

Für die Beratung stehen den Fraktionen jeweils bis zu fünf Minuten Redezeit zur Verfügung. Es beginnt die Piratenfraktion, die darum gebeten hat, dass zwei von ihnen reden dürfen. – Bitte schön, Herr Reinhardt, für zweieinhalb Minuten!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Danke schön, Herr Präsident! – Sehr verehrte Damen und Herren! Die Piraten sind neu im Parlament. Wir hatten wenig Zeit und widrige Bedingungen, um uns auf diese Sitzung vorzubereiten. Allerdings haben wir uns intensiv mit der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beschäftigt, und – das soll keinen Affront gegen das Hohe Haus darstellen – wir haben festgestellt, dass wir mit der Geschäftsordnung in dieser Form nicht in vernünftiger Form arbeiten können.

Wir haben einige Probleme identifiziert und diese in zwei Bereiche eingeteilt. Diese haben wir in zwei Blöcken von Anträgen auf den Ihnen zur Verfügung stehenden Schriftstücken aufgearbeitet. Es geht zum einen um die Ungleichbehandlung kleiner Fraktionen gegenüber großen, im zweiten Block geht es um die Stellung einzelner Abgeordneter. Die Vorstellung der Anträge wird durch mich und meinen Kollegen Pavel Mayer erfolgen. Ich werde im Folgenden auf die Gleichstellung der Opposition und die Stellung der kleinen Fraktionen im Hohen Haus eingehen.

Die Gleichstellung der Opposition und das Recht auf politische Chancengleichheit ist in Artikel 38 Abs. 3 VvB geregelt. Diese Gleichstellung ist bei den Finanzen in der Oppositionszulage zu sehen, die den Oppositionsfraktionen zusteht. Des Weiteren ist in der Verfassung von Berlin zu erkennen, dass die kleinen Fraktionen in jedem Ausschuss vertreten sein müssen, was zeigt, dass die kleinen Fraktionen im Grunde den gleichen Status wie die großen bekommen sollen. Leider ist dies an mehreren Stellen in der Geschäftsordnung so nicht zu finden. Dazu

(Fabio Reinhardt)

möchte ich zwei Punkte nennen: Der erste ist § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Dort steht, dass nur zwei Vizepräsidenten nach d'Hondt gewählt werden. Dies bedeutet konkret, dass uns sowie zwei weiteren Fraktionen, beziehungsweise einer weiteren Fraktion, wenn man den Präsidenten dazuzählt, kein Vizepräsident zusteht. Das empfinden wir als Ungleichbehandlung. Dies möchten wir gern ändern. Uns ist bewusst, dass wir dazu auch die Verfassung von Berlin in Artikel 41 Abs. 2 ändern müssen. Wichtig ist dies, damit wir in Arbeitszusammenhängen vertreten sind und um die Gleichstellung der Fraktionen auszudrücken. Ich weise darauf hin, dass das Präsidium einen überparteilichen Charakter hat und keine Partei- oder Fraktionspolitik machen soll. Diese Regelung ist übrigens im Bundestag und auch in mehreren anderen Landesparlamenten üblich und sollte bei uns eine Selbstverständlichkeit darstellen.

Ich weise auf einen anderen Paragraphen hin, § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Darin geht es um die Einberufung von Sondersitzungen. Geregelt ist dort, dass 20 Prozent der Abgeordneten eine Sondersitzung fordern können. Das bedeutet, dass drei der hier vertretenen Fraktionen eine Sondersitzung beantragen können, zwei weitere nicht. Wir empfinden dies als Ungleichbehandlung und möchten diesen Artikel ändern. Notwendig ist dies zur Wahrnehmung unserer unmittelbaren Verfassungsaufgaben nach Artikel 40 Abs. 2 VvB.

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Reinhardt! Ich möchte Sie nicht unterbrechen, aber wenn Sie Ihre Redezeit mit einem anderen Kollegen teilen, sollten Sie allmählich zum Ende kommen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Danke! – Ich komme zum Schluss. Es ist uns wichtig, an dieser Stelle eine Positionierung vorzunehmen. Es geht uns nicht darum, dass die Piratenfraktion eine Sonderstellung möchte, sondern wir möchten gleichberechtigt agieren können. Dies uns ist wichtig für die Wahrnehmung unserer Aufgaben, die uns vom Bürger übertragen wurden. Deshalb bitte ich darum, dass diesen Anträgen zugestimmt wird, und gebe weiter an meinen Kollegen Pavel Mayer, der den zweiten Block vorstellen wird. – Danke schön!

[Beifall bei den PIRATEN]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt die SPD-Fraktion. – Bitte, Herr Kollege Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte

Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Geschätzter Kollege Reinhardt! Ich glaube, es war eben vom Alterspräsidenten keine böse Absicht, dass Ihr Kollege nicht als Zweiter spricht. Er wird danach noch rankommen und die restliche Redezeit wahrnehmen können.

Ich begrüße Sie ganz herzlich hier in diesem Hohen Haus. Zu Beginn der Legislaturperiode erlaube ich mir, Ihnen allen zu Ihrer Wahl zu gratulieren! Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit mit Ihnen, aber auch auf konstruktiven Streit in der Sache. Diesen konstruktiven Streit wollen wir am heutigen Tag gleich mit einer, wie ich finde, äußerst spannenden Geschäftsordnungsdebatte beginnen. Wir haben hierzu mehrere Anträge vorliegen.

Ich komme zum ersten Antrag, dem Oppositionsantrag des Inhalts, dass der Hauptausschuss der Opposition zustehen soll. Die Opposition beantragt, in der Geschäftsordnung festzuschreiben: Die Opposition führt automatisch den Hauptausschuss. – Dieser Antrag ist bei der letzten konstituierenden Sitzung ebenfalls von der Opposition gestellt worden. Ich habe mir die Drucksache 16/0001-1 – neu – vom 25. Oktober 2006 herausgesucht. Man mag sich wundern, der Antrag ist wortgleich übernommen worden. Die einzige Änderung, liebe Kollegen von der Opposition, über dem Antrag aus dem Jahr 2006 stand: der Fraktion der FDP, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Alles andere ist gleich geblieben.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Sie haben sogar die gleiche Begründung verwendet.

[Zuruf von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Daraus folgt: Wir haben den Antrag seinerzeit abgelehnt. Der Antrag wird immer von der Opposition gestellt. Daraus folgt, dass Linke, Grüne und CDU in diesem Haus dem Antrag schon einmal zugestimmt und ihn auch schon einmal abgelehnt haben, je nach dem, ob die Fraktionen gerade in einer Koalition oder in der Opposition waren.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Die SPD ist sich an diesem Punkt treu geblieben:

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Christian Gräff (CDU)]

Wir haben den Antrag jedes Mal abgelehnt.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Bis zum nächsten Mal!]

– Nein, nein! Nicht bis zum nächsten Mal, lieber Kollege Lederer! Ich würde es mir ja wünschen, Sie wissen es. – Der Grund, weshalb wir ihn abgelehnt haben, ist nicht, weil wir ihn ablehnen wollen

[Heiterkeit]

und das Ansinnen nicht verstehen könnten, sondern – –

[Zuruf]

(Sven Kohlmeier)

– Nein! Sie müssen einfach einmal in die Begründung hineinsehen. Dort steht, die Opposition könnte die Regierung besser kontrollieren. Ich sage einmal ganz vorsichtig, liebe Kollegen: Wer uns in den letzten fünf Jahren als SPD-Fraktion erlebt hat, der kann uns tatsächlich nicht vorhalten, dass wir die Regierung nicht ordentlich kontrolliert hätten.

[Beifall bei der SPD –
Gelächter bei den GRÜNEN –
Zurufe von den GRÜNEN]

Wir haben in den letzten fünf Jahren sehr deutlich gezeigt – ich darf nur das Beispiel BIH nennen –, dass wir mit unseren Senatoren äußerst selbstbewusst umgehen. Ich kann Ihnen versprechen, dass das auch in den nächsten fünf Jahren so bleiben wird. Ich sehe, der Regierende Bürgermeister freut sich schon darauf.

Ich habe mir weiterhin angeschaut, dass in der Begründung steht, alle anderen Bundesländer würden es genauso machen, es gebe so viele Regelungen in den jeweiligen Geschäftsordnungen. Es gibt im Bundesländervergleich acht Bundesländer, in denen die Regierungskoalition den Hauptausschuss führt. In den anderen acht führt eine andere Fraktion den Hauptausschuss als die jeweiligen Regierungsfractionen. Das einzige Bundesland, das eine entsprechende Regelung hat, ist Bremen. Bremen hat in § 63 Abs. 1 am Ende der Geschäftsordnung geschrieben:

Der Vorsitz steht der stärksten Oppositionsfraktion zu.

Na ja, eines von 16 Bundesländern ist nicht viele, sondern eines. In allen anderen Geschäftsordnungen gibt es eine entsprechende Regelung nicht.

[Zuruf von Heiko Thomas (GRÜNE)]

Und lieber Kollege von den Grünen – ich komme je gleich zu Ihnen –: Wir hätten den Antrag möglicherweise anders diskutiert – und Sie reden ja gerade dazwischen –, wenn Sie Ihre Wahlziele auch nur annähernd erreicht hätten. Dann würden Sie jetzt hier vorne stehen und uns allen wortreich erklären, warum der Antrag falsch ist und warum die bisherige Regelung so gut ist.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Zuruf von den GRÜNEN]

Es gibt im Parlament keine Fraktionen erster oder zweiter Klasse. Ich finde, das bisherige Verfahren des Zugriffs nach Ausschussstärke sollte so bestehen bleiben, und wir lehnen, wie gesagt, den Antrag ab.

Zu den Anträgen der Fraktion der Piraten – erste Anmerkung dazu: Ich hätte mir im Rahmen auch von Transparenz und von Vorbereitung durchaus gewünscht, dass die Anträge eher als eine Stunde vor der jetzigen Sitzung vorliegen.

[Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN]

Ich habe mir, weil ich mich ernsthaft mit Ihnen auseinandersetzen möchte, tatsächlich eine etwas andere Arbeitsweise angeeignet und mir 15 Minuten vor der Sitzung noch schnell Ihr Pad angeschaut und habe dabei festgestellt, dass selbst bei meiner hohen Auffassungsgabe es mir nicht möglich ist, Ihre Diskussionen, die auf acht Seiten – ich habe sie leider ausgedruckt, weil mein I-Pad noch nicht da ist – niederzukommen, nachzuvollziehen. Ich glaube, der Kollege Baum hatte in der Sitzung, die Sie – weiß ich gar nicht – diese Woche hatten, TOP 4, es zu Recht gesagt. Da steht: Martin fühlt sich als Abgeordneter verpflichtet, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten, hat keine bessere GO parat. – Da muss ich dem Kollegen Baum tatsächlich zustimmen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Zuruf von den PIRATEN]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege! Und ich muss sagen, dass Sie am Ende Ihrer Redezeit sind. Einen Schlusssatz!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sie gewähren mir noch einen Schlusssatz, Herr Präsident, ausnahmsweise, in Anbetracht der so neuen Situation. – Ich bitte um die Übernahme der bewährten Regelungen für das Hohe Haus. Die haben sich bewährt. Ich verspreche den Piraten, die Anträge werden in den zuständigen Geschäftsausschuss überwiesen, der demnächst eingerichtet wird, und dann sollten wir die Anträge dort besprechen. Der eine Antrag mit der verfassungsändernden Mehrheit wird so nicht funktionieren. Da brauchen Sie eine Zweidrittelmehrheit in diesem Haus, um das zu ändern. Das können wir aber in dem zuständigen Geschäftsausschuss ordentlich und vernünftig miteinander beraten. – Herzlichen Dank und auf gute Zusammenarbeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Beifall von Marion Seelig (LINKE)
und Fabio Reinhardt (PIRATEN)]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Kohlmeier! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dr. Graf.

[Frank Henkel (CDU): Auch ein Mann
mit hoher Auffassungsgabe!]

Dr. Florian Graf (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie auch an dieser

(Dr. Florian Graf)

Stelle und wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.

Ich möchte zunächst einmal auf den Antrag „Ausschussvorsitz Hauptausschuss“ eingehen. Herr Kollege Kohlmeier! Wahrscheinlich lag es daran, dass Sie nie in die Bredouille gekommen sind, weil Sie in dieser Stadt so lange Regieren und seitdem den Hauptausschussvorsitz hatten.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Es wäre interessant gewesen, wie Sie abgestimmt hätten, wenn das anders gewesen wäre. Aber der Antrag geht ja auf eine Initiative von Bündnis 90/Die Grünen zurück, der sich die Fraktion Die Linke und der Kollege Delius angeschlossen haben. In der Tat wäre es interessant gewesen, Herr Kollege Esser, weil Sie vorhin schon nach unserer Position fragten, ob Sie diesen Antrag auch vor dem 5. Oktober gestellt hätten.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Sie hatten ja bis zum 18. September den Anspruch, die Stadt zu führen. Bis zum 5. Oktober wollten Sie Juniorpartner auf gleicher Augenhöhe sein. Übrig bleibt jetzt offenbar der Anspruch, den Vorsitz des Hauptausschusses zu haben.

[Heiterkeit bei der SPD]

Sie haben, Herr Ratzmann, am Dienstag aufgerufen, jetzt die Opposition zu führen. Sie haben sich auf das Ross der Opposition geschwungen. Mein Eindruck war, Sie mussten am Dienstag aufpassen, dass Herr Behrendt Ihnen nicht davongeritten ist.

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der SPD]

Aber nun mal zu dem Antrag selbst: Natürlich kann man über das Ansinnen der Grünen diskutieren und reden.

[Ramona Pop (GRÜNE): Den Antrag haben Sie auch schon mal gestellt!]

– Ja, na klar! Den haben wir auch gestellt, das haben wir eben schon gehört. – Aber man muss sich einmal angucken, wie das beispielsweise im Deutschen Bundestag funktioniert: Geregelt ist das da in der Geschäftsordnung nicht. Es ist parlamentarischer Brauch. Und wir haben hier im Haus den Brauch, dass es nach Zugriffsrecht der Fraktionen geht. Reden Sie doch mit den anderen Fraktionen! Es ist doch gar kein Naturgesetz, dass die stärkste oder zweitstärkste Fraktion den Hauptausschuss greifen wird. Versuchen Sie doch die Diskussion, anstatt das in der Geschäftsordnung festzuschreiben! Sie wollen ja auch nicht regeln, wo der Petitionsausschuss landet, wo andere wichtige Ausschüsse landen. Warum also nur beim Hauptausschuss? – Weil Sie ihn selber haben wollen! Insofern suchen Sie das Gespräch mit uns auf Geschäftsführerebene oder in den Beratungen!

Ich möchte noch einen weiteren Punkt sagen, warum wir heute eine andere Position als vor fünf Jahren haben: Ich

kann das selbst auch ganz persönlich sagen, weil ich dem Hauptausschuss in den letzten fünf Jahren als stellvertretender Vorsitzender angehört habe und sagen muss: Ich habe dort einen Vorsitzenden erlebt – weil Sie sagen, die Verhandlungsführung muss der Opposition zustehen –, der parteiübergreifend gearbeitet hat. Und ich sage Ihnen: Es kommt auf die Persönlichkeit an, nicht darauf, ob jemand aus der Regierungsfraktion oder der Oppositionsfraktion kommt.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Was das manchmal, wenn man das gut macht, für Aufstiegschancen hat, sehen wir heute an dem Kollegen Wieland, dem ich viel Erfolg für den Wahlgang nachher wünsche.

[Vereinzelter Beifall]

Aber lassen Sie mich noch etwas zu den Piratenanträgen sagen: Liebe Kollegen von den Piraten! Es ist natürlich nicht einfach, wenn man als Tischvorlage ein ganzes Bündel von Anträgen zur Änderung der Geschäftsordnung bekommt, insbesondere wenn Sie die Änderung der Verfassung voraussetzen. Ich sage Ihnen aber zu, dass wir Ihre Ansinnen im Rechtsausschuss sehr ernsthaft prüfen wollen und werden, will Ihnen aber auch sagen, weil Sie anmerken, es sei eine Benachteiligung, dass nicht jede Fraktion einen Vizepräsidenten hier im Haus stellt, dass wir hier im Haus bewusst auch die Regelung haben, dass nach d'Hondt jede Fraktion im Präsidium, einem fraktionsübergreifenden Gremium, vertreten ist. Das ist nicht in allen Landtagen so. Ich habe das eben noch prüfen können. Es ist im Hessischen Landtag, im Niedersächsischen Landtag, im Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht so. Und das ist schon mal ein Fortschritt, den Sie hier erfahren. Aber wir werden das gerne im Rechtsausschuss prüfen.

Ich will zuletzt zu Ihrem Antrag „Stärkung der Einzelrechte der Abgeordneten“ sagen, dass wir schon finden, dass die Fraktionen einen anderen Status haben als einzelne Abgeordnete im Parlament, weil die parlamentarische Demokratie auch funktionieren muss. Es muss auch gelingen, hier noch eine Arbeitsfähigkeit sicherzustellen. Das Haus war sich nie zu schade, eine Sondersitzung einzuberufen, wenn es notwendig war. Wir haben hier sogar Abgeordnete aus dem Urlaub geholt, als es vor vier Jahren um den Verkauf der Bankgesellschaft ging. Insofern machen Sie sich da keine Sorgen!

[Volker Ratzmann (GRÜNE): Ist das eine Ankündigung?]

Wenn es die Not gibt, eine Sondersitzung einzuberufen, dann wird sich auch die nötige Mehrheit hier finden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! Wir werden den GO-Antrag zum Hauptausschuss ablehnen, und die übrigen Anträge werden wir an den Rechtsausschuss überweisen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Lux.

[Zuruf von der CDU]

Benedikt Lux (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch von meiner Fraktion auf eine gute Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode und die besten Wünsche! – Wir haben jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte zu führen, wer den Hauptausschussvorsitzenden besetzt. Ich möchte Sie doch bitten, diese Chance für eine ordentliche Debatte zu nutzen, wenn man sich vor Augen führt, welche Rechte dieser Hauptausschuss hat.

[Mario Czaja (CDU): Welcher Flügel bei Ihnen möchte denn den Vorsitz haben?]

Es handelt sich hier um das Königsrecht des Parlaments. Und wenn ich mir anschau, vor welchen Herausforderungen die öffentliche Hand steht, vor denen wir als Gemeinwesen stehen, vor Finanzkrisen, vor zig Milliarden, die verschoben werden, wo man noch durchblicken muss und wir eine verantwortungsbewusste Entscheidung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land treffen müssen, dann möchte ich auch, dass diese Entscheidung getroffen wird in Gemeinsamkeit mit denjenigen, die regieren, die die Mehrheit haben, die diese Vorlagen bringen dürfen, aber auch in Gemeinsamkeit mit den anderen, die dafür auch gewählt worden sind.

Und deswegen bin ich sehr froh, dass im Deutschen Bundestag bei einer schwarz-gelben Bundesregierung die Vorsitzende des Haushaltsausschusses eine Kollegin aus der SPD, nämlich Frau Merkel, Sie werden sie auch noch kennen, Petra Merkel aus Charlottenburg-Wilmersdorf, dass die dort den Vorsitz führt. Ich finde, wir sollten diese gute Tradition auch in Berlin führen. Wir als Grüne haben das jedes Mal gefordert, und wir werden es dieses Mal auch wieder fordern. Und wir hätten es auch gefordert, wenn es zu einer Koalitionsbildung mit uns gekommen wäre. Es gehört einfach zu einer parlamentarischen Gepflogenheit, hier die Opposition ernst zu nehmen und ihr den Zugriff auf den stärksten Ausschuss zu übergeben.

Ich finde es schon ein bisschen verwunderlich, wenn man dann sagt: Dann muss man das beim Petitionsausschuss und bei anderen Ausschüssen auch regeln. – Nein, Herr Graf! Beim Hauptausschuss handelt es sich um einen wesentlichen Ausschuss, bei dem es um Aber- und Abermilliarden geht, wo es um verantwortungsbewusste Entscheidungen geht. Ich habe gerade gesagt, wie es sich im Bundestag darstellt. Aber auch in Berlin werden wir die Schuldenbremse zu diskutieren haben, werden wir zu diskutieren haben, wie wir mit knappen Ressourcen

auch noch Chancen und Leistungen in diesem Land verteilen können, wie wir eine zukunftsfähige Infrastruktur haben können. Und das soll gehen, indem Regierung und Opposition hier zusammenarbeiten und dem Parlament eine besondere Bedeutung verschaffen.

Deswegen fordert meine Fraktion – und wird es auch noch weiterhin fordern – den Vorsitz für einen Abgeordneten der Opposition. Und damit meinen wir nicht uns als Grüne, sondern es könnten genauso die Piraten oder Linken machen. Wir sind in der Opposition in der Aufgabe, die Regierung in ihrem Handeln zu kontrollieren. Und das würde besser gehen, wenn der Vorsitzende des Hauptausschusses ein Abgeordneter der Opposition wäre. Ich habe auch den zu wählenden Präsidenten, den Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Wieland, so verstanden, dass er das Parlament stärken möchte, dass er die parlamentarischen Gepflogenheiten wieder deutlicher ins Zentrum rücken möchte. Deswegen hielte ich es eigentlich nur für konsequent, wenn man dann auch sagen würde: Gut, wir stärken das Parlament automatisch gegenüber der Regierung – dann ist auch völlig klar, dass ein Abgeordneter der Regierungsfraktion den Senat aufgrund der Parteizugehörigkeit niemals so kontrollieren würde, wie es ein Abgeordneter der Opposition tun würde. Deswegen ist dieses Anliegen auch ernst zu nehmen und nicht mit einer Büttenrede wie davor wegzuwischen. Wir Grünen haben das konsequent gemacht, und wir werden es auch weiterhin fordern.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Deswegen darf ich noch zwei Sätze zu den Anträgen der Piraten sagen.

Liebe Kollegen! Ich finde das Anliegen richtig, dass in jedem wesentlichen Gremium jede Fraktion mit einem Grundmandat vertreten ist. Das Präsidium besteht nun mal nicht nur aus Präsident und Vizepräsidenten, sondern auch aus weiteren Mitgliedern. Da sind Sie ja vertreten. Inwiefern es möglich und auch notwendig wäre, hier zu einer ähnlichen Besetzung zu kommen wie im Deutschen Bundestag, dass jede Fraktion einen Vizepräsidenten bzw. eine Vizepräsidentin haben wird, das werden wir offen diskutieren und auch prüfen. Natürlich muss man sich dann auch andere Fragen stellen wie nach der Amtsausstattung usw., wenn auf einmal die Zahl der Vizepräsidenten steigt.

Genauso muss man sich auch die Arbeitsfähigkeit dieses Parlaments vor Augen führen. Wenn die Abgeordnetenrechte über alle Maßen stärker werden als die Fraktionsrechte – wozu es umfangreiche höchstrichterliche Entscheidungen gibt –, dann blockieren wir uns möglicherweise selbst.

Deswegen: Zu Ihrem ersten Antrag wohlwollende Prüfung, zu Ihrem zweiten Antrag etwas Skepsis aus meiner

(Benedikt Lux)

Fraktion. Aber bitte geben Sie uns auch hier die Zeit, und lassen Sie uns das in Ruhe und mit Gründlichkeit diskutieren! Wenn das eine Stunde vor der Sitzung kommt, ist das sehr schwierig. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit des Hauses!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Lux! – Das Wort für die Fraktion der Linken hat der Kollege Doering.

Uwe Doering (LINKE):

Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Auch von mir zunächst allen meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl! Ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre streitbarer Zusammenarbeit.

Zunächst zu dem Antrag der drei Oppositionsfraktionen zum Thema Hauptausschussvorsitz: Ja, man könnte schon fast von einem Ritual reden. Solange ich dabei bin – das sind jetzt 16 Jahre –, kommt immer wieder zu Beginn einer Wahlperiode in unterschiedlichen Formationen der Antrag, der Hauptausschussvorsitz sollte von der Opposition gestellt werden. Aber immer ist es so, wie es auch heute wieder passiert ist: Ein Antrag wird gestellt, und selbstverständlich kommt von den Fraktionen, die zukünftig vermutlich die Regierung stellen werden, erst mal wieder ein glattes Nein. So lange ich hier dabei bin, ist es in dieser Frage bisher zu keiner grundsätzlichen Debatte gekommen. Diese würde ich mir jedoch sehr wünschen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Zumal mein Kollege Michail Nelken im Jahre 2001 – da hatten wir auch schon einmal solch einen Antrag gestellt – in der Debatte darauf hingewiesen hatte – wie es eben auch der Kollege Lux betont hat –, dass der Hauptausschuss eine besondere Rolle hat, dass der Hauptausschuss das älteste und substanziellste Recht hat, das das Parlament der Regierung gegenüber hat, nämlich das Haushaltsrecht. Somit stellt sich die Frage, warum der wichtigste Ausschuss, das wichtigste Kontrollorgan des Parlaments – ausgestattet mit dem Haushaltsrecht – in der Hand einer Regierungsfraktion sein soll bzw. sein muss. Ich unterstelle keinem Abgeordneten irgendetwas, jeder wird seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrnehmen, aber es soll schon mal vorkommen, dass Vertreterinnen und Vertreter von Regierungskoalitionen bei der Frage von Kontrollrechten oder Schutzbedürfnissen gegenüber der Regierung doch mal in den einen oder anderen Gewissenskonflikt kommen. Dem wollen wir mit dieser Regelung entgegenreten.

Die Fraktion der Linken hat auch einen Antrag gestellt, den wir in den zu bildenden Rechtsausschuss überweisen wollen. Dabei geht es auch um die Rechte kleinerer Fraktionen, nämlich die Frage, wenn kleine Ausschüsse gebildet werden und die kleineren Fraktionen dort nur mit jeweils einem Mitglied vertreten sind, ob es nicht im Sinne einer besseren Arbeitsfähigkeit der kleineren Fraktionen angebracht wäre, diesen Fraktionen ein beratendes Mitglied zuzugestehen. In der vergangenen Wahlperiode ist das per Geschäftsordnung nicht geregelt worden. Da hat man dies der FDP großzügig zugestanden. Wir möchten, dass das zukünftig in der Geschäftsordnung festgehalten wird.

Zu den Anträgen der Piraten: Ja, das ist nun mal so, am Anfang einer Wahlperiode können wir alle beklagen, dass Ihre Anträge erst eine Stunde vor Sitzungsbeginn eingetroffen sind. Das ist nun mal so, wird garantiert aber nächstes Mal anders sein. Der Punkt ist jedoch, dass Sie mit Ihren Anträgen substanzielle Fragen stellen. Mit dem neuen Blick von außen stellen Sie sich die Frage, wie es mit den Rechten der einzelnen Abgeordneten ist. Bisher ist es so, dass sich Abgeordnete in den Fraktionen organisiert haben. Das ist nicht ohne Hintergrund: Man schließt sich zusammen, um politische Interessen gemeinsam durchsetzen zu können und damit eine gewisse Stärke zu zeigen. Das ist der Hintergrund. Wenn Ihr Antrag – das entnehme ich Ihrer Begründung – bezogen auf die einzelnen Abgeordneten darauf abzielt – ich nehme jetzt das Beispiel dieser Anträge –, dass einzelne Mitglieder Ihrer eigenen Fraktionen sich mit diesen Anträgen nicht durchsetzen können und der Antrag nicht als Antrag der Fraktion gestellt wird, sondern Sie über den Umweg gehen wollen, Anträge als Einzelpersonen zu machen, kann man zwar darüber diskutieren, doch ich sage Ihnen: Man muss Anträge nicht des Selbstzwecks wegen stellen, sondern man will mit ihnen etwas politisch durchsetzen. Um etwas politisch durchsetzen zu wollen, braucht man Mehrheiten. Wenn man diese schon in seiner eigenen Fraktion nicht hat, wird es schwierig.

Ich nehme jetzt mal den Antrag – den ich sehr sympathisch finde – zum Grundmandat bei den Vizepräsidenten. Da kommen wir genau an diesen Punkt: Sie schreiben in dem Antrag selbst – was auch richtig ist –, dass eine Veränderung der Verfassung notwendig wäre – übrigens hätte dies zuerst kommen müssen, bevor man einen Geschäftsordnungsantrag einbringt. Bei einer Verfassungsänderung braucht man jedoch in diesem Parlament eine Zweidrittelmehrheit. Das heißt, man muss nicht nur in seiner eigenen Fraktion für Mehrheiten werben, sondern auch im Parlament. Deswegen braucht man einen anderen Umgang.

Nichtsdestotrotz: Ihre Sichtweise auf die Rechte einzelner Abgeordneter werden wir uns sehr genau angucken. Wir stehen auch diesem Antrag positiv gegenüber. – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und den PIRATEN]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Doering! – Das Wort für die Restredezeit der Fraktion der Piraten hat nun der Kollege Mayer.

Pavel Mayer (PIRATEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Es tut mir auch leid, dass wir erst so spät mit diesen Anträgen gekommen sind. Ich will auch um Verständnis werben, wenn ich meine Redezeit vielleicht um ein oder anderthalb Minuten überziehe.

[Heiterkeit]

Das soll auch das nächste Mal nicht wieder vorkommen.

Worum es hier geht, ist vielen von uns sehr wichtig. Ich kann es persönlich nicht fassen, wie wenig Rechte nach dieser Geschäftsordnung der einzelnen Abgeordnete hier im Haus hat. Jeder von uns repräsentiert ungefähr 20 000 Berliner Bürger, aber darf in diesem Parlament nicht einmal Anträge stellen. Ich bin der Meinung, hier sitzen lauter intelligente erwachsene Menschen, die auch mit ihren Rechten einigermaßen sensibel umzugehen wissen. Diese Geschäftsordnung ist eine Misstrauenserklärung an uns selbst!

[Unruhe –
Beifall bei den PIRATEN]

Ich denke, es wird ausreichend Zeit bleiben, in den Ausschüssen und hoffentlich auch im Plenum das ganze Thema zu diskutieren.

Damit das Ganze jetzt nicht zu sehr auf die lange Bank geschoben wird, möchte ich auch noch ankündigen, dass wir, da wir der Meinung sind, dass das, was in dieser Geschäftsordnung steht, mit der Verfassung von Berlin und dem Grundgesetz so nicht in Einklang zu bringen ist, in dem Zusammenhang ein Organklageverfahren auf den Weg bringen werden. Wir hoffen, dass wir dann hier im Parlament etwas schneller fertig werden als das Gericht.

[Beifall bei den PIRATEN]

Vielen Dank! Ich freue mich auch auf die nächsten fünf Jahre spannender Zusammenarbeit und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der LINKEN]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Mayer! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und des Abgeordneten Martin Delius von der Piratenfraktion, Drucksache 17/0001-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Die Linke, die Grünen und die Piraten. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD- und die CDU-Fraktion. Ich frage nach Enthaltungen. – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zu einer weiteren Abstimmung. Wer dem Antrag der vier Fraktionen Drucksache 17/0001 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe langsam, aber sicher die Zustimmung der Fraktion Die Linke, der Grünen, der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion und einzelner Kollegen der Piratenfraktion. Wer ist dagegen? – Dagegen sind Einzelne aus der Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Ich sehe eine Enthaltung der Piraten rechts neben mir.

[Zuruf von den GRÜNEN: Vier Enthaltungen!]

Damit ist die Geschäftsordnung der 17. Wahlperiode so beschlossen.

Zu den Anträgen der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0008, sowie der Piratenfraktion Drucksachen 17/0012 und 17/0013 ist die Überweisung an den künftig für Geschäftsordnungsfragen zuständigen Ausschuss beantragt worden. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe jetzt auf

lfd. Nr. 4:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Wahlvorlage Drs 17/0002

Vorschlagsberechtigt für die Wahl ist die stärkste Fraktion. Von der SPD-Fraktion wird für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin der 17. Wahlperiode der Abgeordnete Ralf Wieland vorgeschlagen. Wird in der Aussprache zum Wahlvorschlag das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gemäß § 11 der Geschäftsordnung wird der Präsident mit der Mehrheit der Stimmen des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 75 Ja-Stimmen.

Interfraktionell hat man sich darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln – also geheim – durchzuführen. Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren kurz erläutern, insbesondere deshalb, weil wir einige neue Kolleginnen und Kollegen unter uns haben.

(Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns)

Für die von mir aus gesehen rechten Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für die Buchstaben L bis Z stehen die linken Kabinen zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine der Stimmzettel ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser noch in der Wahlkabine zu falten und in den Umschlag zu legen. Der Umschlag ist anschließend in die entsprechende Wahlurne zu werfen.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD – Ralf Wieland – zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit „Ja“ setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit „Nein“ zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich die vier jüngsten Mitglieder des Hauses, jeweils zu zweit an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen Aufstellung zu nehmen, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren.

Ich appelliere ausdrücklich an Sie alle, den Wahlvorgang diszipliniert und geduldig durchzuführen, um einen geordneten und einwandfreien Ablauf zu gewährleisten. Insbesondere beim Einwurf der Umschläge bitte ich um Rücksichtnahme auf die jungen Beisitzer und neuen Abgeordneten.

Herr Abgeordneter Simon Weiß! Ich bitte Sie als nächstjüngsten Abgeordneten, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. – Ich bitte Sie, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen!

[Aufruf der Namen und Abgabe
der Stimmzettel]

Meine Damen, meine Herren! Haben alle Ihre Stimme abgegeben? – Das ist offenbar der Fall. Der Wahlgang ist damit geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Solange die Auszählung dauert, wird die Sitzung unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Sie sind fast vollständig wieder zusammen. Bei der SPD-Fraktion sehe ich noch erhebliche Lücken, ebenso bei den Piraten. Ich finde, der Anlass ist angemessen, dass wir alle vollständig sind.

Ich kann Ihnen jetzt ein Ergebnis mitteilen. Die für die Wahl erforderlichen Stimmen wären 75 gewesen. Abge-

geben wurden 149 Stimmen insgesamt. Ja-Stimmen: Auf Herrn Wieland entfielen 129 Stimmen.

[Beifall]

Es waren 11 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen. – Herr Kollege und Abgeordneter Wieland! Sie sind damit mit der erforderlichen Mehrheit gewählt. Das Präsidium dankt und gratuliert Ihnen sehr herzlich. – Vorher muss ich Sie natürlich fragen, ob Sie die Wahl überhaupt annehmen.

[Heiterkeit –
Vereinzelter Beifall]

Ralf Wieland (SPD):

Ja!

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Vielen Dank! Dann gratulieren wir noch mal sehr herzlich von hier oben.

[Beifall]

Herr Kollege Wieland! Sie sind als gewählter Präsident jetzt leider auch verpflichtet, hier oben Platz zu nehmen.

[Heiterkeit]

Ich darf Ihnen noch mal persönlich sehr herzlich gratulieren und alles Gute wünschen.

Präsident Ralf Wieland:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Ehrenbürger und Städtälteste von Berlin, ehemalige Abgeordnete, Mitglieder des Deutschen Bundestages! Sehr verehrte Frau Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichts Diwell! Ich begrüße auch meine früheren Amtsvorgänger Reinhard Führer und Prof. Herwig Haase und ganz besonders herzlich Walter Momper, der uns in den letzten zehn Jahren souverän durch die Sitzungen geführt hat. Dank an dieser Stelle unserem nach Lebens- und Dienstjahren gleichermaßen heute erneut im Amt des Alterspräsidenten agierenden Abgeordneten Dr. Lehmann-Brauns für seine beeindruckende Eröffnungsrede.

[Allgemeiner Beifall]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für den Vertrauensvorschuss, den Sie mir durch das überwältigenden Votum entgegengebracht haben. Auf eine gute Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren!

Sie werden alle hart in der Sache streiten, aber, so hoffe ich, angemessen und fair im persönlichen Umgang. Ich versichere Ihnen, dass ich dieses hohe Amt überparteilich und mit der nötigen Achtsamkeit nach innen und nach außen führen werde.

(Präsident Ralf Wieland)

Die Würde des Hauses bemisst sich nicht an tradierten Ritualen, sondern vor allem an dem Respekt und der Anerkennung, die wir uns untereinander entgegenbringen. Schließlich verbindet uns Demokraten mehr als uns trennt, über alle Parteigrenzen hinweg.

Die Wählerinnen und Wähler haben die Zusammensetzung unseres Parlaments verändert. Es ist mir eine Freude, heute eine große Anzahl neu gewählter Mitglieder kennenzulernen. Eine Fraktion hat nach den Wahlen unser Haus verlassen, eine andere Fraktion ist neu eingezogen.

Ich möchte zunächst der FDP für ihre Arbeit in den letzten fünf Jahren danken. Auch wenn die Wählerinnen und Wähler die Liberalen nicht wieder ins Abgeordnetenhaus gewählt haben, so gilt doch unser Respekt ihrem steten Bemühen um gute Problemlösungen für Berlin. Gleichzeitig danke ich den ausgeschiedenen Abgeordneten aller Fraktionen für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement in der vergangenen Legislaturperiode.

[Allgemeiner Beifall]

Ganz neu begrüße ich die Piratenfraktion, die am 18. September 2011 zum ersten Mal in das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurde. – Willkommen im Kreis der demokratischen Parteien im Berliner Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen!

[Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Wir alle warten mit Spannung auf Ihre Vorschläge für unsere Stadt. Es gibt auf politische Inhalte kein Urheberrecht, insofern sollten wir alle offen sein, vorurteilsfrei voneinander zu lernen. Ich für meinen Teil möchte das auf jeden Fall tun.

Sie sind mit der Forderung nach mehr Transparenz in unser Haus eingezogen. Für die Arbeit dieses Hauses gilt, dass wir auch heute schon stolz darauf sein können, dass wir ein hohes Maß an Transparenz und Bürgerfreundlichkeit haben. Dennoch werden wir wie auch in der Vergangenheit gemeinsam prüfen, was sich verbessern und optimieren lässt.

Für mich gilt der Grundsatz: So viel Offenheit wie möglich, so viel Vertraulichkeit wie nötig. – Ich werde die Aufgabe annehmen, das öffentliche Ansehen von Politik zu stärken und politische Vorgänge und Abläufe zu erklären, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Parlamente sind auf Öffentlichkeit angewiesen, um den Bürgerinnen und Bürgern die originären Aufgaben des Parlaments nahezubringen und sie an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen.

Besonders wichtig ist mir der Dialog mit der jungen Generation. Unsere Welt wird immer komplexer, deshalb müssen wir den jungen Menschen helfen, demokratische Prozesse zu verstehen, und sie ermutigen, sich einzumi-

schen und mitzumachen. Winston Churchill soll einmal gesagt haben:

Demokratie ist die schlechteste aller möglichen Staatsformen mit Ausnahme aller anderen.

Für mich heißt das in die Gegenwart übersetzt, Jugendliche für eine streitbare und offene Demokratie zu begeistern.

Die Rolle der Parlamente wird heute von drei Seiten eingeschränkt: Erstens neigen Regierungen grundsätzlich dazu, möglichst autark zu entscheiden. Aber eine Regierung ohne ein anspruchsvolles und wachsendes Parlament läuft Gefahr, die Akzeptanz für Entscheidungen bei den Wählerinnen und Wählern aufs Spiel zu setzen. Das kann niemand wollen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Die Glaubwürdigkeit von Politik bemisst sich in hohem Maße an der Arbeit und an der Wahrnehmung von Verantwortung durch uns Abgeordnete.

Zweitens nimmt das Thema Volksabstimmungen immer mehr politischen Raum ein. Das verändert natürlich auch die Rolle des Parlaments. Doch keine Volksabstimmung kann die komplizierten Abwägungen einer Haushaltsberatung ersetzen. Es liegt an uns Parlamentariern, diese sensiblen und aufwendigen Überprüfungen und Abwägungen vieler Details für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen, denn ich bin davon überzeugt, dass nur das Ausbalancieren ganz unterschiedlicher Interessenlagen und glaubwürdiges und verlässliches Handeln der Abgeordneten Vertrauen und Zustimmung in der Bevölkerung finden.

Zum Dritten müssen wir leider feststellen, dass Politik zwar jeden Tag im Fernsehen diskutiert wird, dass aber gleichzeitig immer weniger aus den Parlamenten berichtet wird. Dabei weiß jeder, der Politik aus der Nähe kennt: Politikerinnen und Politiker sind in keiner Talkshow so authentisch wie im Parlament. Ich wünsche mir noch mehr mediale Aufmerksamkeit für parlamentarische Abläufe und Debatten. Deshalb freut es mich besonders, dass der RBB und das Ereignisfernsehen ALEX die konstituierende Sitzung live übertragen. Sie werden damit nicht nur ihrem Informationsauftrag gerecht, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag für unser demokratisches Miteinander.

Mein Fazit ist: Das Abgeordnetenhaus ist der zentrale Ort, wenn es um das Gemeinwohl in Berlin geht. Diesem Gemeinwohl sind wir alle verpflichtet und der Präsident an erster Stelle. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Wahl und freue mich auf ein lebhaftes und selbstbewusstes Parlament. – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

(Präsident Ralf Wieland)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass drei Fraktionen bereits Fraktionsvorsitzende bzw. Fraktionsvorstände gewählt haben. Bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beglückwünsche ich die wiedergewählten Vorsitzenden Ramona Pop und Volker Ratzmann. – Herzlichen Glückwunsch!

[Allgemeiner Beifall]

Ich gratuliere dem neugewählten Vorstand der Fraktion Die Linke, insbesondere dem wiedergewählten Vorsitzenden Udo Wolf.

[Allgemeiner Beifall]

Auch die Piratenfraktion hat bereits einen Vorstand gewählt, dem ich dazu gratulieren möchte, insbesondere dem Vorsitzenden Andreas Baum. – Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

[Allgemeiner Beifall –

Frank Henkel (CDU): Wir haben auch gewählt! – Heiterkeit]

– Sie haben auf Dauer gewählt, Herr Henkel?

[Frank Henkel (CDU): Für die nächsten 20 Jahre! – Heiterkeit]

– Trotzdem Gratulation!

[Allgemeiner Beifall]

Da muss ich irgendetwas verpasst haben.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 5:

Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Wahlvorlage Drs 17/0003

Nach der Verfassung von Berlin und nach § 12 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung sind zwei Vizepräsidenten zu wählen. Die Fraktionen haben für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten das Vorschlagsrecht in der Reihenfolge ihrer Stärke. Als Vizepräsidenten werden von der Fraktion der CDU Herr Andreas Gram und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Anja Schillhaneck vorgeschlagen. Wird zu den Wahlvorschlägen die Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung werden die Vizepräsidenten mit der Mehrheit der Stimmen des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 75 Ja-Stimmen. Auch hierbei hat man sich interfraktionell darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln, also geheim, durchzuführen. Wir wählen beide Vizepräsidenten gemeinsam in einer sogenannten verbundener Einzelwahl. Es bleibt ansonsten beim gleichen Wahlverfahren wie bei der vorherigen Wahl.

Ich bitte die Beisitzer, Aufstellung an den beiden Wahlurnen zu nehmen. Wer dem Wahlvorschlag der CDU-

Fraktion, Andreas Gram, zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz bei dem Kästchen mit Ja setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Gleiches gilt für den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Anja Schillhaneck.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen.

Herrn Abgeordneten Christopher Lauer von der Piratenfraktion als Nummer sechs in der Reihe der jüngsten Mitglieder bitte ich, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Die Fernsehkameras dürfen nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen. Wenn das passiert ist, bitte ich um den Aufruf der Namen und die Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Haben alle Ihre Stimme abgegeben? – Ich gehe davon aus, dass jeder aufgerufen worden ist und seine Stimme abgegeben hat. Der Wahlgang wird geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Die Sitzung wird unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt, und zwar in der Reihenfolge der Vorschläge nach Fraktionsstärke. Für Herrn Andreas Gram von der CDU-Fraktion: erforderliche Ja-Stimmen: 75, abgegebene Stimmen: 148, Ja-Stimmen: 108, Nein-Stimmen: 26, Enthaltungen: 14. Herr Abgeordneter Andreas Gram ist damit mit der erforderlichen Stimmenzahl gewählt.

[Allgemeiner Beifall]

Herr Gram! Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Andreas Gram (CDU):

Ich nehme die Wahl mit großer Freude an. – Herzlichen Dank!

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön! – Dann sind Sie ordnungsgemäß gewählter Vizepräsident dieses Hauses. Herzlichen Glückwunsch!

Dann kommen wir zur Wahl von Frau Anja Schillhaneck: erforderliche Ja-Stimmenanzahl: 75, abgegebene Stimmen: 148, Ja-Stimmen: 116, Nein-Stimmen: 25, Enthaltungen: 7. Frau Abgeordnete Anja Schillhaneck ist damit mit der erforderlichen Stimmenzahl gewählt.

(Präsident Ralf Wieland)

Frau Schillhaneck! Ich frage auch Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Anja Schillhaneck (GRÜNE):

Ja! – Danke!

[Allgemeiner Beifall]

Präsident Ralf Wieland:

Dann gratuliere ich auch Ihnen als neugewählte Vizepräsidentin dieses Hauses. Herzlichen Glückwunsch! Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen beiden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6:

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Wahlvorlage Drs 17/0004

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass das Präsidium des Abgeordnetenhauses einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten in der 17. Wahlperiode aus 15 Mitgliedern bestehen soll. Wer diesem Vorschlag gemäß Drucksache 17/0004 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein! Enthaltungen? – Auch nicht! Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren stehen der SPD vier weitere Mitglieder zu, der Fraktion der CDU drei, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei, der Fraktion Die Linke zwei und der Piratenfraktion ein Mitglied.

Von der Fraktion der SPD wurden vorgeschlagen:

Frau Ellen Haußdörfer,
Herr Andy Jauch,
Herr Rainer-Michael Lehmann,
Frau Karin Seidel-Kalmutzki.

Von der Fraktion der CDU wurden vorgeschlagen:

Herr Dr. Robbin Juhnke,
Frau Cornelia Seibeld,
Frau Monika Thamm.

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden vorgeschlagen:

Frau Claudia Hämmerling,
Frau Clara Herrmann.

Von der Fraktion Die Linke wurden vorgeschlagen:

Herr Wolfgang Brauer,
Frau Martina Michels.

Von der Piratenfraktion wurde vorgeschlagen:

Herr Simon Kowalewski.

Wir haben verabredet – und ich denke, dass das Ihre Zustimmung finden wird –, über die gesamte Liste gemeinsam abzustimmen, und zwar in einfacher Abstimmung durch Handaufheben gemäß § 74 Abs. 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. – Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Wer die Genannten wählen möchte, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Kolleginnen und Kollegen alle gewählt. Ich wünsche allen eine gute Arbeit im Präsidium des Abgeordnetenhauses. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen Gewählten.

Nun danke ich den vier jüngsten Abgeordneten – Frau Susanne Graf, Herrn Heiko Herberg, Herrn Joschka Langenbrinck und Frau Clara Herrmann – sowie Herrn Simon Weiß und Herrn Christopher Lauer, dass Sie so vortrefflich als Beisitzer Ihres Amtes gewirkt und das Parlament vorangebracht haben. Herzlichen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Dann bitte ich die Abgeordneten Andy Jauch und Claudia Hämmerling, als Beisitzer neben mir Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 7:

Einsetzung des Ältestenrats

Drs 17/0005

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten in der 17. Wahlperiode aus 15 Mitgliedern bestehen soll. Wer gemäß diesem Vorschlag, Drucksache 17/0005, den Ältestenrat mit 15 Mitgliedern einsetzen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen sehe ich auch nicht. Dann ist das auch einstimmig so beschlossen.

Nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren stehen der SPD vier weitere Mitglieder zu, der Fraktion der CDU drei, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei weitere Mitglieder, der Fraktion Die Linke zwei und der Piratenfraktion ein Mitglied. Ich bitte die Fraktionen, mir die Mitglieder des Ältestenrats namentlich zu benennen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung unserer 1. Sitzung des Abgeordnetenhauses der 17. Wahlperiode. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Donnerstag, dem 10. November 2011 um 13 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg bzw. noch einen erfolgreichen Arbeitstag!

[Schluss der Sitzung: 13.32 Uhr]

Anlage 1

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter **Ralf Wieland**

Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Vizepräsidenten/ zur Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter **Andreas Gram**
Frau Abgeordnete **Anja Schillhaneck**

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin sind zu Beisitzern im Präsidium des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Frau Abgeordnete	Ellen Haußdörfer
Herr Abgeordneter	Andy Jauch
Herr Abgeordneter	Rainer-Michael Lehmann
Frau Abgeordnete	Karin Seidel-Kalmutzki
Herr Abgeordneter	Dr. Robbin Juhnke
Frau Abgeordnete	Cornelia Seibeld
Frau Abgeordnete	Monika Thamm
Frau Abgeordnete	Claudia Hämmerling
Frau Abgeordnete	Clara Herrmann
Herr Abgeordneter	Wolfgang Brauer
Frau Abgeordnete	Martina Michels
Herr Abgeordneter	Simon Kowalewski

Einsetzung des Ältestenrats

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt gemäß § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses den Ältestenrat ein.

Der Ältestenrat besteht aus 15 Mitgliedern.